

Der Amazonas-Regenwald brennt - doch SVP-Wirtschaftsminister Guy Parmelin will trotzdem Freihandel mit Brasilien.

Gute Geschäfte mit dem Brandstifter Bolsonaro

Brasiliens rechtsextremer Präsident Jair Bplsonaro ist verantwortlich für die verheerenden Regenwaldbrände. Wirtschaftsminister Guy Parmelin stört das nicht, er will einfach Geschäfte machen.

Die ganze Welt macht sich Sorgen um den Amazonas-Regenwald. Dort wüten die schlimmsten Brände seit Jahren. Viele verursacht durch brandrodene Farmer. Die fühlen sich ermuntert, weil der seit diesem Januar amtierende Präsident Jair Bolsonaro nichts von Umweltschutz hält. Bolsonaro ist ein Rassist, ein Sexist, homophob und offen faschistisch. Work hat das schon mehrfach belegt, zum Beispiel hier: [rebrand.ly/jro-ter-teppich](#). Und er machte bereits im Wahlkampf kein Hehl daraus, dass er - einmal an der Macht - Umweltgesetze und den Regenwaldschutz schleifen werde. Er hielt Wort. Die einst vorbildliche Überwachung des Regenwaldes aus dem All hat er finanziell ausgehungert, den Chef der Behörde entlassen, zusätzliche enorme Rodungen für Soyaplantagen zugelassen. Der neue brasilianische Präsident und sein Regime sind direkt verantwortlich für die laufende Katastrophe in Amazonien.

Parmelins Liebling

Doch Regenwaldbrände hin, Rechtsextremismus her: Bolsonaro ist der neuste Lieblingsgeschäftspartner von SVP-Bundesrat und Wirtschaftsminister Guy Parmelin. Bereits im Januar am Davoser WEF scharwenzelte Parmelin gemeinsam mit Bundespräsident Ueli Maurer (auch SVP) und Aussenminister Ignazio Cassis (FDP, aber von der SVP ins Amt gehievt) um den Brasil-Faschisten herum. Was Bolsonaro für die drei rechten Bundesräte so attraktiv macht:

Brasilien ist das grösste Land im Mercosur, einem Wirtschaftsbündnis südamerikanischer Länder. Und wohl auch die gemeinsame Überzeugung, dass Umweltschutz und Arbeitnehmendenrechte überschätzt sind und nur die Geschäfte stören.

Seit Jahren verhandeln sowohl die EU wie auch die- EFTA (mit der Schweiz) über Freihandelsabkommen mit dem Mercosur. Zölle sollen fallen, Patente sogenannt „besser geschützt“ werden. Im Gegenzug würde die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus den Mercosur-Staaten erleichtert. Die Verhandlungen zogen sich hin - nicht zuletzt, weil sich Brasilien unter dem Sozialisten Lula da Silva nicht über den Tisch ziehen lassen wollte. Nachdem da Silva unter dubiosen Umständen und nach fragwürdigen Urteilen zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt worden war und so um seine Wiederwahl gebracht wurde, war der Weg frei. Die EU vermeldete am 28.Juni den Durchbruch, am 23. August war es mit der EFTA so weit. Der EFTA-Vertrag sei teilweise „besser“ als jener, den die EU erreicht habe, freute sich Parmelin.

Todesurteil

Die Frage ist: besser für wen? Südamerikanische Gewerkschaften und der Europäische Gewerkschaftsbund kritisieren das Abkommen scharf. „Der Dachverband „Coordinadora de Centrales Sindicales del Cono Sur“ (CCSCS), ein Zusammenschluss von zwanzig Gewerkschaften aus Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Paraguay, Uruguay und Venezuela bezeichnet das Abkommen als „Todesurteil für unsere Industrie, für menschenwürdige Arbeit und für hochwertige Beschäftigung“.

Wenn der SVP-Wirtschaftsminister sein Abkommen als „besser“ bezeichnet, darf man getrost davon ausgehen, dass es für Umwelt und Lohnabhängige noch schlechter ist als jenes der EU. Doch Parmelin redet lieber über jährlich einsparbare Zölle von 180 Millionen Franken. Alles eine Frage der Prioritäten.

Clemens Studer.

Work online, 30.8.2019.

Personen > Studer Clemens. Brasilien. Freihandelsabkommen. Work online, 2019-08-30